

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verleiht den Deutschen Lokaljournalistenpreis 2017.

„Wir haben bei den 396 Einsendungen sehr viele, sehr gute Recherchen gesehen, ein Festival der Recherche geradezu. Es ist sicher auch eine Folge der Glaubwürdigkeitsdebatte, dass man sich stärker auf die journalistische Kernkompetenz schlechthin fokussiert. Die Preisträger zeigen, dass dies auch im Lokalen auf außerordentlich hohem Niveau möglich ist.“
Heike Groll, Sprecherin der Jury des Deutschen Lokaljournalistenpreises

1. Preis: *Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten* für die Recherche über einen Bandenkrieg türkischer und kurdischer Rockerclubs

2. Preis: *Pforzheimer Zeitung* für die Serie „Verschwiegene Verbrechen“

Kategorie Recherche: *Kieler Nachrichten* für die Langzeitrecherche in der „Rocker-Affäre“

Kategorie Wächteramt: *Main-Post* für die Berichterstattung über das Bauprojekt Öchsner-Villa

Kategorie Gesellschaft: *Nordkurier* für die Analyse „Gespaltenes Deutschland – wo verläuft die neue Grenze?“

Kategorie Wirtschaft: *Nordwest-Zeitung* für die Print- und Multimedia-Reportage „Dangast – das gesplante Dorf“

Kategorie Datenjournalismus: *Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten* für das crossmediale Projekt „Feinstaubradar“

Kategorie Gesundheit: *Weser-Kurier* für die Serie „Das Leben eines Schwerkranken“

Kategorie Kommunalpolitik: *Tölzer Kurier* für die Berichterstattung über die Kläranlage Benediktbeuern-Bichl

Kategorie Inklusion: Zeitungsverlag Waiblingen für die Serie „Was bedeutet Inklusion?“

Sonderpreis für Volontärsprojekte: *Badische Zeitung* für die Serie „Digital vernetzt“ und *Allgemeine Zeitung (Mainz)* für die Serie „Auf der Bank“

„Man sollte vor nichts zurückschrecken“

Ralf Binkowski von der *Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten* recherchiert die **Hintergründe eines Bandenkriegs**.

Herr Binkowski, Sie haben bereits 2016 über die Auseinandersetzung in der Rocker-Szene in Ludwigsburg berichtet, stiegen dann Mitte 2017 tiefer ein, trafen Informanten oder führten Hintergrundgespräche. Worum ging es dabei und was hat sich bis Mitte 2017 getan, dass Sie die Recherche intensivierten?

In Ludwigsburg und Stuttgart gab es schwere Auseinandersetzungen zwischen zwei Rockergruppen, den „Osmanen Germania“ und der kurdischen Organisation „Bahoz“. Es hat Schlägereien, einen Brandanschlag, Schießereien und Aufmärsche gegeben. Es war ein Bandenkrieg und erst einmal ein Polizeithema. Im November 2016 weitete sich das Ganze aber aus: Fast bürgerkriegsartige Zustände herrschten in Ludwigsburg, als 30 „Osmanen“ am Bahnhof auf zwei Kurden trafen. Da war das Sicherheitsgefühl massiv beeinträchtigt und wir haben intensiver über die Szene berichtet. Ich wollte nicht immer nur die Polizeimeldungen wiedergeben, sondern einen tieferen Einblick in die Rockerszene gewinnen.

Wie haben Sie das geschafft?

Ich habe mich in der Szene umgehört, mit dem Landeskriminalamt gesprochen und die etwa zehn Rockerprozesse in der Region begleitet. Da bekommt man einen guten Einblick, man hört deren Biografien. Die meisten haben eine bürgerliche Existenz mit Job und Familie, führen aber ein nächtliches Doppelleben ...

... und organisieren sich dann in der Türsteher-, Bordell- oder Drogenszene. Aber bei den „Osmanen Germania“ kommt noch ein ganz anderer brisanter Aspekt hinzu: Politik. Das waren doch politische Straßenkämpfe, oder?

Ja, es steckt eine politische Bedeutung dahinter: Im Laufe der Recherche wurde deutlich, dass die „Osmanen“, die sich in der Kurdenhochburg Ludwigsburg etablieren wollten, das Ziel verfolgen, den Straßenkampf gegen die Kurden zu gewinnen. Die Mitglieder haben auf Bildern bei Facebook öffentlich mit Erdogan-Beratern posiert. Als der türkische Präsident nach der verlorenen Parlamentswahl 2015 die Kurden zum Feind erklärte, ging es hier erst richtig los.

Inwiefern?

Wir haben dann herausgefunden, dass Erdogans Berater Geld aus dem AKP-Umfeld zur Verfügung gestellt hat und dass auch Erdogans Sohn damit etwas zu tun hatte und Kontakte zur Spitze der „Osmanen“ hatte.

Wer ist „wir“?

Mein Kollege von den *Stuttgarter Nachrichten*, Franz Feyer, hat in Kooperation mit dem ZDF die Querverbindungen zu Erdogan aufgedeckt. Wir haben bei der Recherche später zusammengearbeitet.

DAS SAGT DIE JURY

Stück für Stück legt der Journalist Strukturen offen und nennt Akteure beim Namen. Eine mutige, überragende journalistische Leistung und ein beeindruckendes Beispiel für den Wert der Pressefreiheit.

Sie haben Dutzende Artikel über Prozesse und etliche Hintergrundberichte über die Szene geschrieben. Hatten Sie nie Angst, selbst zur Zielscheibe zu werden?

Ich habe ehrlich gesagt nicht viel darüber nachgedacht. Aber natürlich habe ich Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um mein Privatleben zu schützen, etwa bei Telefonaten ein Extradiensthandy benutzt. Außerdem habe ich immer sachlich berichtet und bin nie in einen hämischen Tonfall verfallen. Das ist wichtig bei der Berichterstattung. Man muss vor den Mitgliedern der „Osmanen“ Respekt haben und sie als Gesprächspartner ernst nehmen, aber trotzdem intensiv recherchieren und sich nicht einschüchtern lassen. Die Kollegen, die die politischen Kontakte zu Erdogan recherchiert haben, standen teilweise sogar unter Polizeischutz.

So bekam eine lokale Geschichte überregionale Bedeutung.

Ja. Ich finde auch nach 20 Jahren Lokaljournalismus noch: Das Spannende an lokalen Geschichten ist doch, dass man ihnen eine überregionale Bedeutung geben kann.



Eine überregionale Bedeutung, die offensichtlich nicht jedem ins Konzept passt. Welche Reaktionen – abgesehen von den Drohungen – hat Ihre Berichterstattung denn noch ausgelöst?

Die Recherchen und Artikel haben im Juli 2017 zu öffentlichem Druck geführt und die Aufmerksamkeit der Polizei verstärkt, die dann eine Verhaftungswelle gestartet hat. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen und die FDP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg haben die „Osmanen“ in den Parlamenten zum Thema gemacht. Ich frage mich aber, warum das Thema nicht stärker von der Politik aufgegriffen wird. Denn eigentlich müssten bundesweit längst die Alarmglocken schrillen, wenn ein Staatspräsident mit Rockergruppen, deren Unterstützung und blutigen Auseinandersetzungen in Verbindung gebracht wird.

Das heißt, die Recherche ist für Sie noch nicht abgeschlossen, oder?

Ja. Der Mammutprozess in Stuttgart gegen die bundesweite Führungsspitze der „Osmanen Germania“ läuft noch bis Januar 2019. Diese ist wegen versuchten Mordes, versuchten Totschlags, gefährlicher Körperverletzung, Zuhälterei, räuberischer Erpressung, Freiheitsberaubung sowie diverser Waffen- und Drogendelikte angeklagt. Wir sind weiter am Thema und den politischen Verbindungen dran, haben auch ein paar Ansätze, aber das muss handfest und zwei- oder dreifach belegt sein.

Handfeste Belege sind das eine, worauf kommt es bei so einer intensiven Recherche über ein brisantes Thema noch an?

Man sollte Distanz wahren. Gerade als Lokaljournalist hat man enge Kontakte zu seinen Interviewpartnern. Aber unsere Arbeit ist es, Sachverhalte zu erklären und oft auch unangenehmen Themen nachzugehen. Auch wenn das bedeutet, dass man auf der Straße nicht mehr freundlich begrüßt wird. Außerdem sollte jeder Lokalredakteur Mut beweisen, solche Themen auch anzupacken und nicht lockerzulassen. Auch die Unterstützung der Redaktion ist wichtig. Der Redakteur muss Zeit und Kapazitäten für die Recherche erhalten – und braucht den Rückhalt seiner

Vorgesetzten. Das war zum Glück bei mir der Fall – von meinen Büro- und Ressortleiter bis hin zur Chefredaktion. Auch wichtig: Man hat mit Formulierungen schnell einen juristischen Sachverhalt geschaffen. Deshalb war die Rechtsabteilung unser ständiger Begleiter.

Die Jury des Deutschen Lokaljournalistenpreises sagt, dass Ihre Recherche ein „beeindruckendes Beispiel für den Wert der Pressefreiheit“ ist. Was sagen Sie dazu?

Pressefreiheit wird zum Glück nicht von staatlichen Stellen bedroht. Sondern dort, wo Verlage Redakteuren keine Möglichkeiten geben, investigativ zu recherchieren. Das ist für viele Redaktionen heute unmöglich, weil sie nicht die Kapazität haben. Meiner Ansicht nach sollte jede gute Lokalredaktion dafür die Möglichkeiten schaffen. Denn schließlich fängt fast jeder Skandal im Lokalen an.

INTERVIEW: KATHARINA DODEL

ZUM NACHLESEN

Hier geht's zur Seite: www.bit.ly/KAS-Stuttgarter-Zeitung

Dr. Rafael Binkowski



ist stellvertretender Leiter der Redaktion Ludwigsburg der Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten.

E-Mail rafael.binkowski@stzn.de
Internet www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-nachrichten.de

Backnang

Frank Nopper tritt wieder an

Frank Nopper (CDU) ist seit bald 16 Jahren Oberbürgermeister der Stadt Backnang (Rems-Murr-Kreis). Und das möchte der 56-jährige promovierte Jurist gerne weitere acht Jahre bleiben. Nopper hat jetzt im Gemeinderat angekündigt, dass er bei der OB-Wahl im Februar kommenden Jahres erneut antritt. „Aller guten Ding sind drei“, erklärte er mit Blick auf seine zweite Amtszeit, die am 31. März 2018 zu Ende geht. Ein befreundeter ehemaliger Oberbürgermeister einer anderen Stadt habe ihm einmal erklärt: „Wenn du nicht mehr voll und ganz für deine Stadt brennst, musst du aufhören“, erzählt Frank Nopper. Er könne den Stadträten ohne längerer Nachdenken mitteilen: „Ich brenne weiterhin mit heißem Herzen für



Backnang – vielleicht sogar noch mehr als in den Anfangsjahren.“ Die Wahl des OB in der 36 000-Einwohnerstadt findet am Sonntag, 4. Februar, statt. Wenn keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erzielt, erfolgt der zweite Wahlgang am Sonntag, 18. Februar. Die Stelle soll am 20. Oktober ausgeschrieben werden. Nopper hatte im Jahr 2002 den damaligen SPD-Rathauschef Jürgen Schmidt vom OB-Sessel verdrängt. art

Die Wahl des OB in der 36 000-Einwohnerstadt findet am Sonntag, 4. Februar, statt. Wenn keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erzielt, erfolgt der zweite Wahlgang am Sonntag, 18. Februar. Die Stelle soll am 20. Oktober ausgeschrieben werden. Nopper hatte im Jahr 2002 den damaligen SPD-Rathauschef Jürgen Schmidt vom OB-Sessel verdrängt. art

Die Wahl des OB in der 36 000-Einwohnerstadt findet am Sonntag, 4. Februar, statt. Wenn keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erzielt, erfolgt der zweite Wahlgang am Sonntag, 18. Februar. Die Stelle soll am 20. Oktober ausgeschrieben werden. Nopper hatte im Jahr 2002 den damaligen SPD-Rathauschef Jürgen Schmidt vom OB-Sessel verdrängt. art

Kurz berichtet

Rottenburg
33-Jähriger stirbt auf A 81

Zu einem tödlichen Verkehrsunfall kam es auf der Autobahn 81 an der Böblinger Kreisgrenze bei Rottenburg-Hailfingen. Vergangenen Freitag wollte ein 33-Jähriger gegen 5.30 Uhr aus bisher unbekanntem Grund vor der Ausfahrt eines Parkplatzes die Fahrbahn von links nach rechts überqueren. Ein 57 Jahre alter Autofahrer, in Richtung Stuttgart unterwegs, bremste. Er wollte noch ausweichen, konnte eine Kollision aber nicht verhindern. Der 33-Jährige starb an der Unfallstelle. Der 57-Jährige wurde vom Rettungsdienst mit leichten Verletzungen in eine Klinik gebracht. Der Schaden an seinem Wagen beläuft sich auf 5000 Euro. gig

Kirchheim/Teck
Einblicke in die Tunnelbaustelle

Mit der Bohrraube am 6. Oktober beginnt symbolträchtig der Bau des Albvorlandtunnels, der auf der Bahn-Neubaustrecke Stuttgart-Ulm Kirchheim mit Wendlingen (beide Kreis Esslingen) verbindet. Am Samstag, 7. Oktober, lädt die Projektgesellschaft zum Tag der offenen Tür von 10 bis 16 Uhr auf die Baustelle ein. Da man nicht mit dem eigenen Auto auf die Baustelle fahren kann, fährt ein Shuttlebus vom Kirchheimer Bahnhof und vom Flugplatz Hahnweide zum Veranstaltungsort. Die Abfahrt im Zehn-Minuten-Takt beginnt am Bahnhof und an der Hahnweide um 9.45 Uhr. Der letzte Bus startet um 15.15 Uhr. hol

Backnang
Vergewaltigung nach Party

Am Rand einer Geburtstagsfeier in Backnang (Rems-Murr-Kreis) ist es zu sexuellen Übergriffen gekommen. Ein 17-jähriger Jugendlicher soll am Samstag eine 19-Jährige vergewaltigt haben. Gegen 5 Uhr morgens waren fünf Partygäste zum Bahnhof unterwegs, um Zigaretten zu kaufen. Auf dem Rückweg – so die Darstellung der Polizei – lockte ein 17-Jähriger eine 19-jährige Frau in den Innenhof der Außenstelle des Landratsamts und verging sich an ihr. Nur einem Zufall sei es zu verdanken, dass die Tat entdeckt wurde: Ein 20-Jähriger aus der Gruppe hatte seine Zigaretten vergessen und war noch mal umgedreht. wei

Aichtal
Sattelzug reißt Auto mit

Nur noch Schrottwert hat ein Smart Forfour, der am späten Donnerstagnachmittag in der Seestraße in Aichtal-Neuenhaus (Kreis Esslingen) von einem Sattelzug beschädigt worden ist. Der 58 Jahre alte Fahrer des Sattelzugs hatte gegen 17 Uhr nach links abbiegen wollen und beim Ausscheren mit seinem tonnenschweren Fahrzeug den ordnungsgemäß geparkten Smart gestreift. Das Heck des Auflegers verhakte sich im Auto und schleifte den Wagen mehrere Meter mit. Der Smart, an dem ein Schaden von mehr als 6000 Euro entstand, war nicht mehr fahrbar und musste abgeschleppt werden. va

Kontakt

Region/Baden-Württemberg
Telefon: 07 11/72 05-13 11
E-Mail: region@stzn.de

Osmanen bedrohen Richter und Journalisten

Ludwigsburg/Stuttgart Prozesse gegen Anhänger des nationaltürkischen Boxclubs Osmanen Germania und des kurdischen Netzwerks Bahoz bringen die Justiz an ihre Grenzen. Sie erfordern viel Personal und sind für alle Beteiligten mit Gefahren verbunden. Von Rafael Binkowski

Drohungen kommen jede Woche, fast jeden Tag. Ein Redakteur, der regelmäßig über Prozesse gegen Anhänger der Osmanen Germania berichtet, erhält seit Monaten Briefe und Anrufe. „Zeitung, morgen bist du tot“, ist mit krakeliger Schrift auf einem Zettel notiert, der an seinem Auto befestigt ist. Selbst in seinem Ferienhaus hören die Drohungen nicht auf. Der Journalist berichtet, wie die Anrufe ablaufen: „Sie sagen Sätze wie: Misch dich nicht ein, du stellst zu viele Fragen.“ Das ist kein Einzelfall.

Auch Richter werden bedroht, wie Cornelia Horz berichtet, die Präsidentin des Landgerichts in Stuttgart. „Der Bruder eines Angeklagten ist vor einigen Monaten im Garten der Vorsitzenden Richterin gestanden“, erzählt sie. Noch deutlicher bekommt das Sicherheitspersonal der Justizverwaltung Anfeindungen zu spüren. „Drohungen und Beleidigungen sind an der Tagesordnung“, berichtet Thorsten Klay, der Vizeleiter der Sicherungsgruppe SGS, zu der 15 Beamte gehören. Auch er selbst wurde immer wieder bedroht.

Wie schwierig die juristische Aufarbeitung des Bandenkriegs ist, hat ein großer Prozess vor dem Landgericht in diesem Jahr gezeigt – es ging um einen Überfall kurdischer Bahoz-Anhänger auf Osmanen, der im April 2016 stattgefunden hatte. Beim Verhandlungsbeginn im vergangenen Februar waren 84 Anhänger der rivalisierenden Gruppen im Gerichtssaal, es kam zu Provokationen. Bei Kontrollen wurde ein 20,5 Zentimeter langes Küchenmesser gefunden. Bei der Fortsetzung im März nannte ein Zeuge einen der Angeklagten „Fettsack“, woraufhin dieser aufgesprungen ist und wild mit den Armen gestikuliert hat. Drei Justizbeamte mussten ihn beruhigen. „Anhänger des Boxclubs Osmanen Germania mussten gewaltsam aus dem Saal gebracht werden“, berichtet der Gerichtssprecher Johannes Fridrich. Vor dem Gerichtssaal kam es dann zu Schlägereien.

Im April wurden vor der Verhandlung eine Schreckschusswaffe samt Munition, ein Messer und zwei Schlagstöcke beschlagnahmt. Kurdische Aktivisten schlugen auf einen Transportbus ein. Und im Juli waren bei der Urteilsverkündung sogar 110 Zuschauer im Saal, die Stimmung war angespannt. „Es gibt viele weitere Beispiele für Provokationen“, sagt Klay. „Diese Verfahren sind auch durch die Vielzahl der Angeklagten eine schwere Belastung“, berichtet die Landgerichtspräsidentin Cornelia Horz, „schon durch die räumliche Enge sind das echte Stresssituationen.“ Demnächst, noch im Oktober, beginnt ein weiterer Prozess gegen Anhänger des kurdischen Netzwerks Bahoz, das sich inzwischen offiziell aufgelöst hat. Schwierig sei außerdem die Beweisführung, wie der Gerichtssprecher Johannes Fridrich sagt: „Es gibt keine neutralen Zeugen, es werden immer nur Mitglieder der gegnerischen Gruppe beschuldigt.“ Wenn denn überhaupt ausgesagt werde – häufig

hielten sich die beteiligten an einen Ehrenkodex, ein „Kartell des Schweigens“. „Im Zweifel greift man lieber zur Selbstjustiz, die Konflikte werden untereinander ausgemacht“, berichtet Fridrich. Das sei auch der Hintergrund der Ludwigsburger Schlägerei im April 2016 gewesen: Wenige Tage zuvor war ein Streit aus dem Stuttgarter „Türkenviertel“ an der Mauerstraße vor das Ludwigsburger Krankenhaus verlagert worden, wo ein Verletzter untergebracht worden war. Der Überfall in Ludwigsburg war die Reaktion. Schwierig sei es für Polizei und Staatsanwalt auch, die Angeklagten zu identifizieren, weil diese häufig verumumt und dunkel gekleidet seien.

Die Justiz zeigt Härte, sowohl wenn es Drohungen gibt als auch wenn Verhandlungen gestört werden: Mehrfach wurden Platzverweise oder Ordnungsgelder angeordnet. Und jede Bedrohung vonseiten der Bandenkrieger wird der Polizei gemeldet. „Die Kollegen sind sehr hilfreich und nehmen jeden Hinweis auf“, sagt die Landgerichtschefin Cornelia Horz. Das rät sie auch jedem anderen, der bedroht wird: „Sofort zur Polizei gehen und Anzeige erstatten.“



Prozesse gegen Anhänger von türkischen und kurdischen Rockerclubs müssen mit viel Personal gesichert werden.

Foto: 7aktuell/Schneck

Kommentar

Konsequente Ermittlungen wirken

Bandenkrieg Polizei und Justiz gehen energisch gegen türkische und kurdische Gewalttäter vor. Damit gelingt es, die Strukturen zu schwächen. Von Rafael Binkowski

Der auf den Straßen gewaltsam ausgetragene Konflikt zwischen nationalistischen Erdogan-Anhängern und kurdischen Separatisten hat das Potenzial, die Bürger in Angst zu versetzen. Zwar findet der Streit vorwiegend in der Subkultur von Migranten der dritten Generation statt oder im Milieu der organisierten Kriminalität. Doch die Drohungen gegen Richter und Journalisten zeigen, dass man schnell ins Visier der bewaffneten Muskelprotze geraten kann.

Umso wichtiger ist, dass die Polizei, das Landeskriminalamt (LKA) und die Justiz an einem Strang ziehen. Der LKA-Chef Ralf Michelfelder forciert die Ermittlungen – das ist nötig, konzentrieren sich doch die Osmanen in der Region Stuttgart. Lange wurde verdeckt ermittelt, um dann mit Razzien und Verhaftungen zuzuschlagen. So schwierig es ist, Verdächtigen konkrete Straftaten nachzuweisen und Täter anzuklagen, zahlt sich doch Beharrlichkeit aus.

Inzwischen laufen mehr als 90 Verfahren, gut 20 Anhänger von Osmanen und Bahoz sitzen hinter Gittern, darunter viele wichtige Führungsfiguren. So mancher Familienvater wird nachdenklich, wenn langjährige Haftstrafen drohen und das ganze



Leben verpuscht ist. Manche wenden sich von den Banden ab. Andere wie ein Osmanen-Anführer, der jetzt vor dem Heilbronner Landgericht stand, entschließen sich zumindest, das Schweigegebot zu brechen und mit ihrer Aussage die juristische Aufarbeitung zu fördern. Auch wenn er selbst an der Schießerei in Bietigheim beteiligt war, war doch zu erkennen, dass ihm die Eskalation mit Schusswaffen zu weit ging und er ein Zeichen setzen wollte. Bleibt zu hoffen, dass andere dem Beispiel folgen.

Manche Bandenkrieger kommen – wie kürzlich am Ludwigsburger Amtsgericht nach einem Überfall in Asperg – mit glimpflichen Strafen davon. Doch die Richter sollten mit deutlichen Urteilen den Spielraum nutzen, den ihnen der Gesetzgeber lässt. Gleichzeitig sollte man aber versuchen, den Aktivisten eine Alternative zu bieten – ein besseres Leben ohne kriminelle Energie.

Für den Moment ist es Polizei und Justiz gelungen, die Strukturen von Osmanen und Bahoz zu schwächen. Deren Führungspersonen werden aber nicht ewig im Gefängnis sitzen. Die Schützenhilfe durch die AKP-Regierung und der ungelöste Konflikt in der Türkei werden dazu beitragen, dass das Thema auf der Tagesordnung bleibt.

Es muss nicht immer das Dirndl sein

Vaihingen/Enz Die neue württembergische Weinkönigin Carolin Klöckner setzt auf soziale Medien. Von Philipp Obergassner

Die Frage, ob sie mit ihrer berühmten Namensvetterin verwandt ist, hört Carolin Klöckner öfter. „Manchmal werde ich auch aus Versehen Julia Klöckner genannt“, sagt die 22-Jährige. Zumindest eines hat die junge Frau aus Vaihingen im Kreis Ludwigsburg mit der CDU-Politikerin aus Rheinland-Pfalz gemeinsam: Die Faszination für Wein hat ihnen beiden eine Krone eingebracht. Julia Klöckner war 1995 deutsche Weinkönigin, Carolin Klöckner ist seit gut einer Woche die neue württembergische Weinkönigin. Vor einer 30-köpfigen Jury in Stuttgart setzte sich die Studentin kürzlich gegen vier Konkurrentinnen durch.

Dabei war ihr Sieg für alle eine Überraschung, allen voran für Klöckner selbst, die sich als Quereinsteigerin bezeichnet: Sie kommt nicht aus einer Wengertfamilie, was zumindest inoffiziell als Bedingung für den Titel gilt. Allerdings ist ihr Onkel Haupterwerbwinzer, seit ihrem zehnten Lebensjahr hilft sie bei der Lese mit – daher ihre Faszination für Reben. Nun studiert sie seit einem Jahr Agrarwissenschaften an der Universität Hohenheim. Vor allem das Fach Weinbau brachte ihr die nötige Expertise für die Fachbefragung der Jury.

Klöckner ist bereits die dritte württembergische Weinkönigin nacheinander, die aus dem Landkreis Ludwigsburg kommt: Ihre Vorgängerin Andrea Ritz stammt aus Markgröningen, zuvor hatte die Vaihingerin Mara Walz die Krone auf. Klöckner selbst ist schon seit einem Jahr die Vaihinger Weinprinzessin und wird es – weil die Amtszeit dort zwei Jahre beträgt – auch noch ein Jahr lang bleiben.

Durch den Sieg bei der Wahl zur württembergischen Weinkönigin bekommt Klöckner vom württembergischen Weinbauverband alles gestellt, was sie für ihre royalen Pflichten braucht: Krönchen, Dirndl, Auto und Fortbildungen wie beispielsweise ein Rhetorikseminar. Bis zu 100 Termine wird sie innerhalb ihrer einjährigen Regentschaft absolvieren und dabei voraussichtlich auch vielen Prominenten begegnen. „Aber da habe ich keine Berührungsängste“, sagt die Studentin.

Klöckner will eine moderne Weinkönigin sein und „frischen Wind“ in die Branche bringen. So will sie bei Winzern vermehrt für fortgeschrittene, pilzresistente Reben werben. Aber auch was Eigenmarketing angeht, will sie verstärkt auf soziale Medien im Internet zurückgreifen, wie

zum Beispiel auf Facebook. „Eine Weinkönigin muss ein Influencer, also eine Art Meinungsmacher der Weinbranche sein“, sagt Klöckner. Sie ist das Vorzeigegesicht der Württemberger Winzer, ungefähr so, wie es der FDP-Politiker Christian Lindner im Wahlkampf für seine Partei war.

Zu dem modernen Anstrich passt auch, dass der Winzerverband die Regeln fürs Königinnendasein gelockert hat: Früher musste eine Weinkönigin ledig sein, und es galt eine strenge Kleiderordnung für die Termine: Dirndl, Dirndl, Dirndl. Heutzutage könne man auch mal in Jeans und Bluse kommen, sagt Klöckner – solange die Krone dabei ist. Die Vaihingerin betont, dass

ihre Repräsentationsaufgabe eine Teamarbeit ist: Ihr zur Seite stehen die Ingenieurstudentin Laura Irouschek (26) und die Verwaltungsangestellte Anja Off (25), die in Stuttgart als Weinprinzessinnen gekürt wurden.

Bleibt die Frage, wie es nach dem Jahr für Carolin Klöckner weitergeht. Ganz klar ist das noch nicht: „Es wird auf jeden Fall etwas mit Landwirtschaft zu tun haben.“ Ob sie sich vorstellen kann, Politikerin zu werden, wie ihre Namensvetterin? Das Repräsentieren hat sie ja schon drauf. Da hält sie sich lieber bedeckt: „Der Name ist ja noch kein Grund, in die Politik zu gehen. Aber ich bin zumindest nicht abgeneigt.“



Carolin Klöckner aus Vaihingen will eine moderne Weinkönigin sein. Foto: factum/Bach

KÖNIGLICHER WETTBEWERB

Präsentation Jedes Jahr im September kürt der württembergische Weinbauverband seine Weinkönigin. Die Teilnehmerinnen werden von einer 30-köpfigen Jury auf Herz und Nieren geprüft: In einer halben Stunde müssen sie Fragen zum Allgemeinwissen und zum Weinbau beantworten. Eine Frage muss auf Englisch beantwortet werden. Ebenso wird bewertet, wie die Kandidatinnen sich im Smalltalk schlagen und wie sie sich präsentieren. Auf der Bühne müssen sie schließlich zwei Weine vorstellen.

Wahl Die nächste Weinkönigin Württembergs wird im September 2018 in Neckarwestheim (Kreis Heilbronn) gekürt. pho